Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.85 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 27. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 2. Februar 1932. | 14. Jahrgang.

Und ob es währt bis in die Nacht,
Und wieder an den Morgen,
Soll doch mein Herz an Gottes Macht
Verzweifeln nicht, noch sorgen!

Luther.

Franz Behrens 60 Jahre alt.

Am 2. Februar vollendet Franz Behrens, der dienstälteste, bekannteste und bedeutendste evangelische Arbeiterführer sein 60. Lebensjahr.

Als Sohn des im Böker-Moor (Amt Stargard in Mecklenburg-Strelitz) tätigen Zieglermeisters Wilhelm Behrens geboren, erhielt Franz Behrens in der Dorfschule in Dewitz seinen ersten Unterricht, um dann vom 11. bis 14. Lebensjahr in dem Amtsstädtchen Stargard die sechsklassige Bürgerschule zu besuchen. In der schulfreien Zeit wurden landwirtschaftliche Arbeiten verrichtet, zu denen mit besonderer Vorliebe die Schuljugend herangezogen wurde. Aber gerade diese Zeit, von der Behrens so oft und gern erzählt, wird von ihm als die schönste Jugendzeit bezeichnet, die er unter der treuen Pflege liebevoller, fürsorgender Eltern verleben durfte.

Es kann nicht Aufgabe dieses Geburtstagsartikels sein, Franz Behrens' Leben, Werden und Wirken gebührend und erschöpfend zu schildern. Aber eine kurze Würdigung seiner rastlosen und erfolgreichen Tätigkeit kann man ihm, dem stets Bescheidenen, an seinem 60. Geburtstag nicht ersparen.

Nach beendigter Lehre in eine mecklenburgischen Gutsgärtnerei war Behrens als Gehilfe in Berlin und später in Dresden und Halle tätig. Schon in Berlin wurde von ihm die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses erkannt. Im Jahre 1889 schloß er sich dem auf nationalem Boden stehenden alten „Deutschen Gärtnerverband" an. Die großstädtische Gärtnerjugend war aber schon im starken Maße radikalisiert, so daß dieser Verband der Auflösung verfiel und seine Mitglieder den „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein" unter Anlehnung an die sozialdemokratische Bewegung gründeten. Natürlich machte Behrens diese Entwicklung nicht mit, aber sein reges Interesse für das öffentliche Leben führte ihn in politische Versammlungen aller Art. Es mag für ihn wegweisend gewesen sein, daß er um diese Zeit mit dem damaligen Hofprediger D. Stöcker und dadurch mit der christlich-sozialen Bewegung bekannt wurde. Seine Regsamkeit und die ihm angeborene glänzende Redegabe sowie sein unermüdliches Bestreben, seinen Berufskollegen zu dienen, ließen ihn sehr bald in den Vordergrund treten. Nach beendigter Dienstzeit bei den Brandenburg. Pionieren in Torgau sehen wir Behrens schon im Jahre 1895 im „Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein" als hauptamtlich angestellten Sekretär wirken. Allerdings war diese Stellung materiell keineswegs verlockend. Es darf vermerkt werden, daß, wenn heute so manche, welche der Arbeiterbewegung nicht wohlwollend gegenüberstehen, in verächtlicher Weise von dem „Bonzentum" reden und schreiben, diese sogenannten „Bonzen" fast ohne Ausnahme in ihren jüngeren Jahren die bittersten Entbehrungen ertragen und die größten Opfer in einem Maße gebracht haben, die den Kritikern der Arbeiterbewegung völlig fern geblieben sind. Es darf zur Ehre des nunmehr Sechzigjährigen in diesem Zusammenhang gesagt werden, daß er, als die christlich-nationale Arbeiterbewegung noch in den Kinderschuhen steckte, ein wahres Hungerleben geführt hat und bis auf den heutigen Tag seine eigenen Interessen stark vernachlässigte und in den Hintergrund stellte.

Im Jahre 1897 wurde Behrens hauptamtlicher Sekretär des Deutschen evangelischen Arbeitervereins in Berlin. Diese Tätigkeit brachte ihn in engere Beziehungen zur kirchlich-sozialen Konferenz, was wiederum zu einer gemeinsamen Arbeit mit Pastor Ernst Böhme, D. Mumm und Fräulein Margarete Behm führte. Das Ergebnis dieser Arbeitsgemeinschaft war die Gründung des „Gewerkvereins der Heimarbeiterinnen", dem Behrens stets mit Rat und Tat zur Seite gestanden hat. Nun mehr erhielt sein Lebensweg eine bestimmte Zielrichtung. Bald war er mit den schon genannten Freunden ein eifriger Vorkämpfer und Förderer der christlichen Gewerkschaftsbewegung, besonders im evangelischen Volksteil. Leider stand zur damaligen Zeit die evangelische Kirche und weite evangelische Kreise der aufwärts strebenden christlichen Arbeiterbewegung gerade nicht freundlich gegenüber. Behrens betrachtete es als seine vornehmste Aufgabe, im Gegensatz zu den sehr vielen scharfen Kritikern im evangelischen Volk, die evangelische Arbeiterschaft und die abseitsstehenden evangelischen Volkskreise für die interkonfessionellen christlichen Gewerkschaften zu gewinnen. In theologischen Kreisen waren es hauptsächlich Männer wie Pastor von Bodelschwingh, D. Stöcker, D. Weber, D. Mumm und der leider zu früh verstorbene uns unvergeßliche D. Jaeger in Bethel, welche mit ihm bahnbrechend gewirkt haben. Als Mitbegründer und langjähriger Vorsitzender der Evangelisch-sozialen Schule half Behrens, die für die Bewegung erforderlichen Kräfte im evangelischen Arbeiterlager zu schulen und zu erziehen. Als Mitglied des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses kämpfte er in gleicher Weise für die Anerkennung der Christlich-nationalen Arbeiterbewegung, und es mag für ihn ein Tag großer Freude gewesen, als der erste verfassungsmäßige Kirchentag in Bethel 1924 die soziale Frage in den Mittelpunkt seiner Verhandlungen stellte und eine soziale Botschaft an das deutsche ewangelische Volk erließ.

Aus seiner weiteren gewerkschaftlichen Tätigkeit sei noch erwähnt, daß Behrens vom Jahre 1905 bis 1913 als Generalsekretär des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter in Essen tätig war und wiederholt als Vorsitzender des Deutschen Arbeiterkongresses fungierte. Dann trat die Aufgabe an ihn heran, die Landarbeiter auf christlich-nationaler Grundlage zu organisieren. Der Zentralverband der Landarbeiter ist sein Werk, welches er unter den schwierigsten Verhältnissen mit seinen Mitarbeitern geschaffen hat.

Auch politisch war Franz Behrens hervorragend tätig. Er war mehrfacher Zählkandidat der Christlich-sozialen Partei bei den Reichstagswahlen im Jahre 1903, darunter auch im Wahlkreis Bielefeld-Wiedenbrück. Wenn diese Kandidatur auch keinen großen ziffernmäßigen Erfolg hatte, so gaben seine Wahlversammlungen doch den Anstoß zur Einführung der christlich-nationalen Gewerkschaften im Ravensberger Land. Vom Jahre 1907 ab bis zur Revolution 1918 vertrat Behrens den Wahlkreis Wetzlar-Altenkirchen. Unvergeßlich bleibt mir, als seinem Mitkämpfer, die geradezu rührende Anhänglichkeit der kleinen Landwirte und Arbeiter in seinem Wahlkreis an ihren geliebten Franz, der damals von seinen sozialdemokratischen Gegnern den Spitznamen „Blumenfränzchen" erhielt.

Nach dem Kriege war Behrens Mitbegründer der Deutschnationalen Volkspartei. Er wurde 1919 in Ostpreußen in die Nationalversammlung, und auch bei den nachfolgenden Reichstagswahlen bis zum Jahre 1930 in den Reichstag gewählt. Als Reichstagsabgeordneter gehörte zu seinen besonderen Aufgaben die Förderung der sozialpolitischen Belange der Arbeitnehmerschaft. An der Reichsversicherungsordnung, die im Jahre 1910—11 im Reichstage durchberaten wurde, hat er in hervorragendem Maße mitgearbeitet. In der weiteren Auswirkung dieser Tätigkeit gründete er mit dem Kollegen Becker-Arnsberg und anderen Kollegen den Gesamtverband der Krankenkassen Deutschlands, zu dessen Vorsitzenden er gewählt wurde. Nach dem Kriege war er Mitbegründer und zunächst 1. Vorsitzender des Zentralverbandes Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener. Während des Krieges selbst stellte er sich der Heeresleitung zur Verfügung und hat in wichtigen Missionen auch hier seine vaterländische Pflicht erfüllt.

So hat Behrens auf den verschiedensten Arbeitsplätzen überall in treuester Pflichterfüllung für die Christlich-nationale Arbeiterbewegung segensreich gewirkt. Er ist sich dabei immer treu geblieben. Einfachheit und Bescheidenheit gehören zu seinen schönsten Charaktereigenschaften. Stets hilfsbereit, wenn Freunde oder Kollegen ihm ihr Anliegen vortrugen, erwarb er sich die Sympathien weitester Kreise, besonders aber die seiner Kollegen. Ich bin deshalb gewiß, daß, wenn am 2. Februar Behrens in seinem Büro, Berlin NW, Luisenstraße 38, kaum seines Geburtstages gedenkt, sondern an seinem Schreibtisch ein großes Arbeitspensum erledigt, dann viele, die mit ihm gewirkt haben, seiner gedenken und sich in dem Wunsche vereinigen, daß es ihm, der körperlich und geistig noch über eine seltene Frische verfügt, vergönnt sein möge, noch viele Jahre seine wertvollen Kräfte in den Dienst seiner Kollegen und des von ihm so heiß geliebten deutschen Vaterlandes zu stellen.

Wilhelm Wallbaum.

Die große Krise.

Vor dem Zusammenbruch der Weltwirtschaft?

Sir George Paish (früher finanzieller Sachverständiger der britischen Regierung) bringt in „Time and Tide" einen Artikel, der nachweisen will, welche Gefahren auf dem so oft vorgeschlagenen Wege der Rettung durch eine in sich abgeschlossene Nationalwirtschaft liegen. Er sagt:

„Falls die Politiker und Staatsmänner gewünscht hätten, das beste Mittel zu entdecken, um die Weltlage so gefährlich wie möglich zu machen, so hätten sie nicht ein so großes Maß von Erfolg erlangen können als sie es nun getan haben dadurch, daß eine Lage von nie dagewesener Schwierigkeit geschaffen worden ist. Selbstverständlich haben sie die Absicht, die Schwierigkeiten des Welthandels so groß zu machen, nicht gehabt, vielmehr ist die gegenwärtige gefährliche Lage hauptsächlich durch Mangel an Voraussicht und Mangel an Verständnis entstanden. Indem man auf die Mentalität der Völker, wie sie fast in jedem Lande der Welt besteht, Rücksicht nahm, kamen die Staatsmänner fast überall zu dem einen sogenannten Heilmittel, nämlich hohe Zölle zu errichten, um so ihre Schwierigkeiten zu beseitigen. Als wenn die Nöte nur durch zu große Importe gekommen wären! Die Folge der Verkürzung der Importe bedeutete bald auch eine Verkürzung der Exporte, so daß die Völker, die vorher zur Bezahlung ihres Imports exportiert hatten, es jetzt nicht länger mehr können. So lange man nun noch ungestört Geld leihen konnte, wurde die gefährliche Art dieser Politik noch nicht erkannt. Sobald aber das Leihen unmöglich wurde, wurde auch ein Zusammenbruch unvermeidlich."

P. gibt dann einen kurzen geschichtlichen Ueberblick. Schon die Erschütterung der österreichischen Kreditanstalt mußte notwendig daraus folgen, daß Oesterreich nicht genügend Güter exportieren konnte, um seine Schulden zu bezahlen, oder auch nur die notwendigsten Einkäufe im Ausland zu machen. Wiederum war es nicht überraschend, daß die amerikanischen Bankiers durch die Eröffnungen der Kreditanstalt beunruhigt wurden und ihre Kredite von überall her, besonders aber von Deutschland, zurückzogen. Das finanzielle Moratorium in Deutschland verursachte weithin Gegenstöße. Da Amerika und Großbritannien die an Deutschland gezahlten Summen nicht zurückrufen konnten, gab es eine starke Beunruhigung in London und Neuyork. Daher dann wieder das Zurückziehen von französischem und amerikanischem Geld von London. Wiederum war die Folge, daß Großbritannien den Goldstandard nicht mehr halten konnte, Frankreich, Amerika und andere Länder aber nun auch nicht mehr ihr Geld unversehrt von London zurückziehen konnten, sondern schwere Verluste durch das Sinken des englischen Pfundes erlitten. In Folge davon ist man in Frankreich und Amerika mißtrauisch gegen die Banken geworden, hat vielfach die Depositen zurückgezogen, um Bargeld zu hamstern. Aber nicht nur diese natürlichen finanziellen Folgen sind durch die verkehrte politische Handlungsweise entstanden, sondern noch dazu sehr ernste politische Konsequenzen. Die britische Regierung legte Sperrzölle (prohibitive tariffs auf eine ganze Reihe von Gütern, die vom Kontinent und von Amerika herkommen und verursachte dadurch wieder einen schweren Druck in dem wirtschaftlichen Leben der anderen Länder. In der Tat wird gegenwärtig die Politik verfolgt „Mag mein Nachbar betteln gehen" und man bildet sich ein, daß eine solche Politik Vorteile bringen könne!

Ueber die schlimmen Folgen dieser Politik kann kein Zweifel bestehen. Der Welthandel nähert sich rasch einem vollständigen Stillstand, der Kredit bricht zusammen und schon sieht man den vollständigen Zusammenbruch des Welthandels voraus. Es ist bereits gegenwärtig nicht möglich, Zahlungen von vielen Ländern an viele andere Länder zu machen. Wird die gegenwärtige Lähmung des Welthandels vollständig, dann werden alle die, welche in industriellen Distrikten wohnen, vor keiner geringeren Gefahr als der der Hungersnot stehen.

Man hat davon gesprochen, daß es eine Art Austausch-Einrichtung geben müsse, durch welche diejenigen, die in solchen Großstädten wie London, Neuyork, Paris, Berlin oder Wien leben, Nahrungsmittel im Austausch für industrielle Güter bekommen. Aber die Ausführung dieser

411 Stadt. Bibliothek Bielefeld

Idee ist offensichtlich unmöglich. Diese Großstädte produzieren nicht Güter genug, um dafür im Austausch Nahrungsmittel zu erhalten. Man könnte wohl zeitweise eine Art internationalen Kredit schaffen, aber gesucht werden muß selbstverständlich eine dauernde Lösung.

Die kommende Reparationskonferenz beschäftigt sich hauptsächlich mit den deutschen Reparationen und den deutschen Handelsschulden. Da es sich aber um die Gefahr des vollständigen Zusammenbruchs des Welthandels und Weltkredits handelt, sind das gegenwärtig Dinge von geringerer Bedeutung. Es wäre darum ernstlich zu hoffen, daß diese Konferenz nur das Vorspiel ist, welches die öffentliche Meinung schon für eine kommende Weltkonferenz erzieht. Denn allein durch Zusammenarbeit aller Völker kann die gegenwärtige gefährliche Lage wieder in Ordnung gebracht werden. Jeder, der unparteiisch und sachverständig ist, kann nur mit äußerster Sorge auf den Weg sehen, den die Ereignisse gegenwärtig nehmen. Jeder, der sachverständig und unparteiisch ist, erkennt die zerstörende Natur der gegenwärtigen Weltpolitik und weiß auch andererseits ganz genau, in welcher Weise allein die Heilmittel gesucht werden können. Es genügt nicht, daß die Reparationen abgeschafft oder so reduziert werden, daß sie ohne Schwierigkeiten bezahlt werden können, es genügt nicht, daß die interalliierten Schulden gestrichen werden, auch nicht einmal, daß die Zölle so reduziert werden, daß der Handel frei zirkulieren kann. Vielmehr muß es zu einem Zusammenarbeiten aller Länder kommen, damit eine allgemeine Regelung in Angriff genommen werden kann. Die Situation wird nicht dadurch gerettet, daß man Ausgaben streicht, nicht dadurch, daß man den Import hindert, im Gegenteil, die ganze Lage wird auf solche Weise nur unendlich verschlechtert.

Das einzige Heilmittel ist eine Umkehrung der gegenwärtig überall betriebenen Politik, welche die Isolierung einer jeden Nation zum Vorsatz hat. Durch eine Politik, welche den Wohlstand der gesamten Familie der Nationen zu befördern sucht durch gemeinsames Handeln. Denn **nur, wenn in der ganzen Welt der Wohlstand aufblüht, wird dies auch jeder einzelnen Nation zugute kommen.**"

W—m.

Geschichtlicher Wegweiser zu Berthold Ottos Arbeitswährung.

Von Dr. Gg. Friedr. Muth in Bensheim.

I.

Liberalistische und organische Wirtschaftsauffassung.

Wer unvorbereitet auf B. Ottos Rechenwirtschaft und seine Arbeitsmark stößt, ist von dem Gegensatz, in dem sie mit den tatsächlich geübten Wirtschaftspraktiken steht, derart betroffen, daß er sich nicht zu denken vermag, wie sich der Uebergang zu dieser neuen Ordnung jemals vollziehen könne. Ist er zum Ueberfluß auch noch historisch gebildet und findet nicht gleich Anknüpfungspunkte in der Vergangenheit, dann wird er völlig hilflos. Indessen, dem, der genauer zusieht, bieten sich deutlich erkennbare Vorstufen dar, ja er muß schließlich einräumen, daß B. Ottos Lehre die geschichtliche und denkrecht geforderte Krönung der neueren Wirtschaftsentwicklung, soweit sie gesund ist, bildet. Aus theoretischen und praktischen Gründen ist es notwendig, diese Zusammenhänge aufzudecken, nicht zuletzt auch deshalb, weil so erst die allenthalben hervortretenden starken Ansätze zu einer organischen Wirtschaft recht gewürdigt werden können, während diese sonst in dem Wust verkehrter und krankhafter Wirtschaftserscheinungen leicht unbeachtet bleiben. — Sehen wir zu!

Die geistige Welt, aus der B. Ottos Gedanken erwuchsen, ist die bei Herder und anderen Männern der deutschen Bewegung zu findende Auffassung, daß die Völker, genau wie jeder einzelne Lebewesen sind, die darum auch als einheitliche Ganze pfleglich behandelt werden müssen. Diese Gedanken vertrat z. B. auch **J. G. Fichte** mit solcher Umsicht, daß viele Forderungen B. Ottos in Fichtes Betrachtungen schon vorausgenommen sind. So ist auch Fichtes Satz: In dem vernünftigen „Staat sind alle Diener des Ganzen und erhalten dafür ihren gerechten Anteil an den Gütern des Ganzen" Leitgedanke für jede organische, also auch für B. Ottos Wirtschaftslehre.

Neben Fichte ist **Friedrich List** zu nennen, der — leider ohne von den maßgebenden Nationalökonomen, der „Schule" verstanden zu werden — ganz im Sinne B. Ottos die Teilnahme seiner Zeitgenossen von dem Geld und den Waren weg auf die wirkliche Hauptsache eines Volkes, auf seine „produktiven Kräfte" zu lenken suchte. Sie zu entfalten und zu fördern, ist und bleibt die oberste Aufgabe des Staates, und ihr haben sich alle wirtschaftlichen Einrichtungen, auch das Geld, zu beugen.

Aber gerade das Geld mußte in der Folgezeit entarten, weil nicht Fichtes und Lists organische Auffassung, sondern je länger je mehr die **liberalistisch-manchesterliche** herrschend wurde. Was hat es für Bewandtnis mit dieser Lehre? Nach ihr bilden die Völker lose, zusammengewürfelte Haufen von einzelnen, von denen jeder Anspruch darauf hat, als „autonomes Individuum" „frei" zu handeln. Diese „Freiheit" wirkt sich freilich auf wirtschaftlichem Gebiet recht einseitig aus, nämlich so, daß der wirtschaftlich Starke seine Machtmittel nach Gutdünken gebraucht, der wirtschaftlich Schwache aber die „Freiheit" hat, sich zu schicken oder — zu verhungern.

Wie das übersteigerte liberalistische Denken alle die vielfältigen Formen der Gemeinschaft nach und nach auflöst und zersetzt, so greift es natürlich auch geistige Werte an und versinkt in stoffliches (materialistisches) und vereinzelndes (individualistisches, atomistisches) Denken. In einer solchen Welt mußte der Begriff eines stofflichen und verselbständigten (verabsolutierten) Geldes den besten Nährboden finden. Geblendet starrte sie auf die Edelstoffe, besonders auf das Gold, als dem angeblich unentbehrlichen Bewirker alles wirtschaftlichen Verkehrs und verlor darüber den Sinn für die großen Aufgaben des modernen wirtschaftlichen Lebens. Bendixen hat durchaus recht, wenn er schreibt (Geld und **Kapital 3**, S. 3): „Die Wissenschaft hat nicht Schritt gehalten mit dem Leben. Die Uebertragung stofflich wertvollen Geldes von Hand zu Hand ist ihr noch heute der Inbegriff der Zahlung". Und doch muß man sich von vornherein darüber klar sein, daß diese Einzeldinge, die Münzen, Goldbarren, Geldscheine an sich gar nichts sind und höchstens Sammelwert haben sollten; sie werden erst sinnvoll, wenn sie die ihnen gesetzte Aufgabe erfüllen, die doch in nichts anderem als in der reibungslosen Durchführung des Güterkreislaufs besteht. Und nun vergegenwärtige man sich, wie diese Einrichtung heute, wo wir Aussichten haben, bei gefüllten Scheunen zu verhungern, ihre Aufgabe erfüllt!

Vom falschen und vom rechten Sinn des „Geldes".

Wie kommen wir aus dieser unsinnigen Lage heraus? Indem wir den Blick wieder auf die Bedürfnisse des Ganzen richten und schlicht fragen, was denn vernünftig wirtschaften heißt. Die Antwort kann nur in Sinne Fichtes dahin lauten, daß jedem sein ihm zukommender Anteil an den Gütern des Ganzen werde. Weil keiner alles für sich herstellen kann, also einer auf den andern angewiesen ist, müssen die Güter ausgetauscht werden. Solcher Güteraustausch wurde schon sehr früh notwendig, und dabei bildete sich auch schon bald eine bestimmte Ordnung aus: Man tauschte die Dinge so, daß im Austausch das Gleichgewicht hergestellt wurde. So galt z. B. in den Zeiten der germanischen Volksrechte 1 Hengst, 3 Ochsen oder 6 Kühe oder 1 Helm. Man findet, daß bei diesem Austausch die Dinge ihrem Wert nach aneinander gemessen wurden. Allmählich aber haben sich dabei gewisse „Wertmesser" besonders bewährt, die sich gleichsam als Zwischenwaren einschoben, z. B. Felle, Muscheln, Edelmetalle, bis endlich das Edelmetall Gold die Vorhand vor allem anderen gewann. Das aufkommende „Geld" brachte in Zeiten mangelhaft entwickelter Verkehrsmittel einen weiteren Vorteil: Man brauchte die zu tauschenden, oft recht unhandlichen Güter nicht gleichzeitig zur Hand zu haben, man konnte den Tausch zeitlich in zwei Hälften zerlegen: Ware gegen Geld — Geld gegen Ware. Niemals aber darf man bei diesen Tauschvorgängen vergessen, daß das Vergleichsmittel, das Geld, nur eine Vermittlerrolle einnimmt, daß aber der Tausch der Güter der Zweck der Uebung ist und bleibt.

Diese klare Erkenntnis ging aber je länger je mehr verloren, die Zwischenware, das „wertvolle Tauschgut" — schließlich nur noch das Edelmetall Gold — verabsolutierte sich und wurde als unentbehrlich angesehen, ja sogar auch von den allermeisten Wirtschaftstheoretikern, den „Metallisten" durchaus als unentbehrlich anerkannt. Den praktischen Gewinn aus dieser Irrlehre hatten schon längst geschäftstüchtige Praktiker — es brauchten gewiß nicht die geistig Ueberlegenen zu sein — gezogen. Sie setzten sich in den Besitz der angeblich so unentbehrlichen Zwischenware und ließen sich beim Ausleihen Rente oder Zins geben.

Nun ist das mit den Renten so eine Sache: Auch die Schippe, die der Arbeiter benützt, wirft eine Rente ab, ebenso auch das Haus, das ich vermiete. Hat man aber je gehört, daß die Schippe und das Haus nach einer gewissen Zeit Junge bekommen hätten? Im Gegenteil, diese Dinge nützen sich ab, sie müssen durch neue ersetzt werden. Bei dem Geld aber ist es anders; da läßt man sich nicht bloß Zins, sondern Zins vom Zins, also Zinses-



Ein Beitrag zur Abrüstungsfrage.

Von Karl Wilke.

Es war im Anfang des Krieges. Eine deutsche Kavalleriepatrouille, geführt von dem Gardeleutnant v. Schierstädt und Graf Strachwitz wurde am 6. September 1914 fast achtzig Kilometer vor die Front vorgetrieben. Als sie nach glücklich vollzogenem Auftrag wieder zurück wollte, sah sie sich, da das deutsche Heer inzwischen den Rückzug an der Marne angetreten hatte, plötzlich im Rücken der französischen Armee. In ständigen Zusammenstößen mit dieser verlor die Patrouille bald ihre Pferde; drei Wochen lang versuchte sie vergeblich, die deutsche Armee zu erreichen. „Wir kamen", erzählt einer der beiden Offiziere, in einem Briefe später, „bis zur Marne, konnten diese aber nicht passieren. Immer hofften wir, daß die Deutschen die Marne wieder überschreiten würden, und so lebten wir drei Wochen dahin. Am Tage versteckten wir uns in den Wäldern und nachts marschierten wir. Oft dachten wir, es ginge nicht mehr, da die meisten von uns schon barfuß waren, da wir keinen trockenen Faden mehr am Leibe hatten und nichts zu essen. Tagelang lebten wir von dem gefundenen Obst; manchmal gingen wir auch in den Häusern betteln. Man hielt uns für Engländer und gab uns oft Brot und Kartoffeln. In den letzten Tagen wurde ich krank, bekam Fieber, aber wir mußten vorwärts, öfter verfolgt von den Bauern, die mit Schrot auf uns schossen. So ging es bis zum 26. September, wo wir in einem Walde lagen und von den Franzosen überrascht wurden, die auch sofort heftig auf uns schossen. Wir hatten uns gerade gesonnt und die Sachen trocknen lassen. Schierstädt wurde verwundet. Einer nur im Hemd, ohne Schuhe, liefen wir im Walde direktionslos, da wir keine Karte und keinen Kompaß mehr hatten. Sch. konnte bald nicht mehr und wollte, mußte sich ergeben. Aber an wen? In die Dörfer konnten wir nicht, da die aufgeregte Bevölkerung uns mit Stöcken fortgejagt hätte. Er mußte mit weiter. Wir nahmen für ihn dann einen Wagen und Pferde, um ihn zum nächsten Posten zu fahren. Das geschah. Wir selbst stiegen aber kurz vorher ab. Da wir aber sehr nahe an der Marne waren und bald nicht mehr vorwärts noch rückwärts konnten, wurden wir alle gefangen, in Chalons vor das Kriegsgericht gestellt und wegen Plünderung (Obst und Wasser!) und Zerstörung feindlichen Eigentums zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt."

Leutnant von Schierstädt erhielt genauer 5 Jahre Zwangsarbeit und Deportation; Graf Strachwitz 5 Jahre Zuchthaus und Degradation.

Am 8. Dezember gelangte die Nachricht von diesem ungeheuerliche Urteilsspruch an die deutsche Regierung; am 22. Dezember erfolgte ein Protest der amerikanischen Botschaft in Berlin an die französische Regierung, veranlaßt durch die deutsche Regierung. Es erfolgte keine Antwort darauf. Am 9. März 1915 ging eine Erinnerungsnote ab. Der „Matin" meldete in jener Zeit, daß von Schierstädt in Sträflingskleidung, an einen Strafgefangenen gefesselt über La Rochelle nach Cayenne transportiert sei. Darauf erfolgten durch die deutsche Regierung Gegenmaßnahmen. Die französische Regierung stritt dann die Darstellung des „Matin" ab. Von Deportation sei keine Rede. Dabei befand sich v. Schierstädt in La Rochelle, von wo aus die Sträflinge nach Cayenne abtransportiert werden. Er kam dann aber nach Riom, was als Wirkung der Protestnote zu werten war.

Es gab danach ein langes Hin und Her von Noten, Telegramme der spanischen und amerikanischen Botschaft nach Paris in dieser Angelegenheit. Ehe die deutsche Regierung zu weiteren Gegenmaßnahmen griff, machte sie noch einen anderen Versuch. Sie schickte den französischen Hauptmann Pasquet, der in deutscher Kriegsgefangenschaft war, in seine Heimat mit der Zusicherung der Befreiung von der Gefangenschaft, wenn er die Wünsche der deutschen Regierung persönlich nach Paris überbringen und sich für ihre Durchführung einsetzen würde. Pasquet wurde unter Geleit bis zur Schweizer Grenze gebracht und dort freigelassen. Er ließ danach nichts wieder von sich hören. Die Aufforderung der amerikanischen Botschaft, von dem Erfolg seiner Bemühungen zu berichten, beantwortete er später mit den kühlen Worten, seine Mission sei erledigt, was seine Regierung entschiede, wisse er nicht.

Strachwitz schrieb am 24. April dann einen Brief, daß sie sich im Militärgefängnis von Avignon befänden und daß Schierstädt von der unmenschlichen Behandlung, die sie bisher erfahren hätten, geisteskrank geworden sei. Da wurde ein Mitglied der amerikanischen Botschaft in Berlin, M. Rives, nach Paris gesandt, um der französischen Regierung den Ernst der Lage klar zu machen und sich persönlich nach dem Befinden der beiden Offiziere zu erkundigen, ebenso nach dem der anderen Mitglieder der Patrouille. Rives telegraphierte am 2. Mai 15, daß ihm ein Besuch der Gefangenen verboten worden sei; am 3. Mai langte ein Telegramm der Pariser amerikanischen Botschaft in Berlin an mit der Erklärung der französischen Regierung, daß die beiden Leutnants nicht deportiert, sondern in Avignon seien, wo sie wie andere Kriegsgefangene behandelt würden, allerdings wie Kriegsgefangene, die sich eines Verbrechens schuldig gemacht haben. Der Kriegsminister Millerand schrieb dann auch noch privat, daß die Offiziere in Avignon seien. Die deutsche Regierung drang dann auf einen Besuch der Amerikaner bei v. Schierstädt, um seinen Gesundheitszustand festzustellen. Die spanische Botschaft in Berlin erhielt inzwischen von der deutschen Regierung die Mitteilung, daß ihr ein Besuch der deutschen Läger nicht eher gestattet werden könne, ehe nicht der Besuch bei Schierstädt durchgesetzt sei. Der spanische Botschafter hielt die Handlungsweise der Franzosen für unverantwortlich. Er versprach selbst Abhilfe, sandte ein entsprechendes Telegramm nach Paris.

Am 25. Mai traf dann ein Bericht des M. Rives ein, der das Militärgefängnis in Avignon besucht hatte. Er teilte mit, daß die Offiziere und Mannschaften der Patrouille dort untergebracht seien, abgesondert zwar von den französischen Verbrechern, mit denen sie aber den Hof zu teilen hätten. Am 31. Mai ging eine Protestnote der deutschen Regierung, mit 14-tägiger Fristsetzung und Androhung von scharfen Gegenmaßnahmen ab. Auf Wunsch der amerikanischen Botschaft wurde der Termin noch etwas hinaus geschoben. Am 21. 6. gaben dann die Franzosen durch die Amerikaner bekannt, daß die Forderungen für sie unannehmbar seien. Erst am 8. Juli trat dann die angedrohte Gegenmaßnahme in Kraft, am gleichen Tage erschien dann auch eine ausführliche Darstellung der Angelegenheit in der deutschen Presse, mit der Mitteilung, daß 6 französische Offiziere nach der Festung Spandau abtransportiert worden seien, darunter auch ein Sohn und ein Neffe des Ministers Delcassé. Jetzt kamen die Franzosen zur Einsicht. Am 28. Juli telegraphierte der deutsche Gesandte in Bern, daß die Schweizer Gesandtschaft in Paris ihm mitgeteilt habe, die Mitglieder der Patrouille Schierstädt seien in einem regelrechten Kriegsgefangenenlager untergebracht, worauf sofort die sechs französischen Offiziere ebenfalls wieder nach einem solchen in Deutschland zurückgebracht wurden. Am 11. August erfolgte erst eine Bestätigung aus Paris, denn jene erste Mitteilung war nur eine Zusage des Ministers Delcassé gewesen.

zins geben, und so kommt es, daß dies unheimliche Zauberding Geld sich selbst zeugen, sich verdoppeln, vervierfachen, verhundertfachen, vermillionenfachen kann. Dazu kam nun auch in den vergangenen Zeiten der bekannte Geldmangel der Fürsten und Staaten, die sich, um Geld zu erhalten, wichtiger staatlicher Hoheitsrechte begaben und den Geldausleihern die Ausgabe von zinsbringendem Geld überließen. Damit aber wurde das wirtschaftliche Denken völlig verwirrt, und der brauchbare Diener Geld wurde in Händen einiger Mächtiger zum Herrn über Leben und Sterben der Völker. Es ist höchste Zeit, daß dieser schlimmste aller Tyrannen beseitigt wird.

Die Lösung dieser hohen Aufgabe haben einzelne Währungstheoretiker vorbereitet. (Forts. folgt!)

Ausdehnung der Preissenkung.

Eine Erklärung Dr. Goerdelers.

Der Preisindex ist, wie der Reichskommissar für Preisüberwachung Dr. Goerdeler erklärte, gegenüber der letzten Zahl vor seiner Amtsübernahme um 6,3 Prozent gefallen. Damit ist bei den durch den Index erfaßten Bedarfsartikeln die Senkung erzielt, die bis Ende Januar zu erreichen er bei seiner Amtsübernahme für möglich erklärt hätte. Ich bin, so fuhr er fort, hiervon aber nicht befriedigt, obgleich die Preissenkung auf dem außerhalb des Index liegenden Gebiet noch größer ist.

Im Interesse der Belebung der Wirtschaft ist es notwendig, das Verhältnis zwischen Kaufkraft und Preisen noch stärker zu verbessern. Das muß in kürzester Frist durchgeführt werden, um Stockungen im Produktionsprozeß auszuschalten, die sonst bei unsicher wirkenden Preisverhältnissen drohen würden.

An den Orten, für die ich festgestellt habe, daß die zentralen Vereinbarungen über Lebensmittelpreise nicht durchgeführt sind, wird mit besonderen Anordnungen eingegriffen werden. Zu einer Beunruhigung wegen des Brotpreises liegt keine Veranlassung vor.

Die Senkung der gebundenen Preise

wird für jeden Käufer nachprüfbar gemacht, die Preise für Leistungen noch stärker der Bildung im freien Wettbewerb anvertraut. Im übrigen wird das bewährte Verfahren der Preisüberwachung durch Abmachungen mit den verschiedenen Wirtschaftsgruppen in noch stärkerem Tempo zu einem gewissen Abschluß gebracht werden. Eine beachtliche Zahl von Gas- und Elektrizitätswerken haben ihre Preise gesenkt. Auch diese wichtige Frage, bei der der Zusammenhang zwischen Preisgestaltung, allgemeiner Wirtschaftslage und öffentlichen Lasten besonders klar in Erscheinung tritt, wird beschleunigt geklärt werden.

Englisch-französische Annäherung.

— Paris, 1. Februar.

Die englisch-französischen Besprechungen, die in den letzten Tagen auf diplomatischem Wege fortgesetzt wurden, haben nach der Auffassung hiesiger gutunterrichteter Kreise nennenswerte Fortschritte gemacht. Man rechnet damit, daß es in kurzer Zeit gelingen wird, zu einer Verständigung über die noch strittigen Punkte zu gelangen, und wartet nur auf die Rückkehr Macdonalds nach London, damit er sich mit seinen Kollegen über die letzten französischen Vorschläge unterhalten kann. Ueber die genauen Einzelheiten dieser Vorschläge wird vorläufig noch Stillschweigen bewahrt. Man erklärt lediglich, daß die Möglichkeit für eine Einigung über einen Zahlungsaufschub zugunsten Deutschlands bestehe.

---

v. Schierstädt wurde dann in Paris auf seinen Geisteszustand untersucht. Der Berner Gesandte wurde aber beauftragt, darauf zu dringen, daß v. Schierstädt unverzüglich heimbefördert würde. Der amerikanische Botschafter in Berlin wurde zugleich gebeten, seinen Einfluß bei der Pariser amerikanischen Botschaft geltend zu machen, damit diese sich für v. Schierstädt und die anderen Mitglieder der Patrouille weiter verwende, denn man traute den Franzosen noch nicht. Am 6. September berichteten die Amerikaner jedoch, daß die Unterbringung in einem Kriegsgefangenenlager Tatsache sei und daß sie das Gutachten der Pariser Aerzte jeden Tag erwarteten. Delcassé teilte dem amerikanischen Botschafter mit, daß v. Schierstädt für geisteskrank befunden worden sei und daß seine Untergebenen billigerweise nicht die Verantwortung für seine Handlungen tragen dürften. Mit diesem ärztlichen Gutachten sollte also die Tatsache verwischt werden, daß der deutsche Offizier durch die französischen Mißhandlungen krank geworden war. Am 22. September 1915 endlich meldete ein Telegramm aus Konstanz, daß er in die Schweiz entlassen worden sei.

Graf Strachwitz blieb in Frankreich. Auf seinen Papieren stand der Vermerk: Auf keinen Fall auszutauschen! Er wurde als Geisel auf Lazarettschiffen zum Schutz gegen deutsche U-Boote mitgeschleppt. Das Berliner Auswärtige Amt beschwerte sich am 31. Dezember; der französische Außenminister erwiderte, Strachwitz gehöre nicht zur Kategorie der Auszutauschenden. Er wurde dann endlich nach langem Hin und Her auch in der Schweiz interniert, doch erst am 16. Juli 1918, und lange Zeit nach dem Waffenstillstand in die Heimat entlassen.

Es klingt wie ein Lied aus schöneren Zeiten, wenn man hier erfährt, wie die deutsche Regierung noch um Einzelne gegen die Finten und Ausflüchte der Franzosen ringen konnte, und mit Erfolg, da die Macht der Waffen zugleich dem moralischen Recht Nachdruck verlieh. Das Gegenstück davon erlebten dann über zweihunderttausend Deutsche in der Zeit nach dem Waffenstillstand, wo Deutschland vollständig wehr- und waffenlos geworden war, so daß sich französische „Humanität und Ritterlichkeit" nun ungehemmt an ihnen austoben konnten. Diese Periode der Kriegsgefangenschaft in Frankreich ist einer der dunkelsten Punkte unserer Kultur. Heute sind wir alle in der Hand des waffenstarrenden Frankreich und unsere Protestnoten dagegen werden in Paris verlacht.

Der Krieg im Osten.

Die Mitschuld des Rates.

— Berlin, 1. Februar.

Die Straßenschlacht in der chinesischen Hafenstadt Schanghai, in der auf beiden Seiten Maschinengewehre und Artillerie in Tätigkeit traten, und in deren Verlauf Tausende von chinesischen Frauen und Kindern umgekommen oder doch verstümmelt worden sind, unterwirft den Völkerbund einer schweren Belastungsprobe. Der Völkerbund muß jetzt zeigen, ob er einem Lande die Unverletztheit des staatlichen Gebietes und die politische Unabhängigkeit erhalten kann, wenn Gefahr von seiten einer Großmacht droht.

Soweit dabei die deutsche Auffassung in Frage steht, hat der Völkerbund hier kaum noch viel zu verlieren; im besten Falle könnte er etwas zurückgewinnen. Haben wir doch in den Jahren seit dem Weltkrieg zu oft am eigenen Leibe verspüren müssen, welche Gewalttaten gegen ein friedliebendes Volk verübt werden können, ohne daß sich in Genf auch nur eine Hand rührt! Und so hat sich der Völkerbundsrat im Ostasienkonflikt die Sympathien bereits verscherzt. Denn der Kanonendonner in Schanghai bildet nicht den Anfang des chinesisch-japanischen Konflikts, sondern nur einen besonders lauten und rauhen Akt in einem Trauerspiel, das bereits seit langem auf dem Spielplan steht. Wie jetzt am Jangtsekiang, so krachten vor Monaten schon in Mukden und Tsitsikar Bomben und Granaten, ohne daß der Rat sich mit mehr als guten Ratschlägen für einen friedlichen Ausgang engagiert hat. Der Weg in die Hölle von Schanghai und den offenen chinesisch-japanischen Krieg ist so mit guten Rats-Vorsätzen gepflastert.

Kritischer ist die Lage für den Völkerbund nun dadurch geworden, daß China in aller Form die Anwendung der Artikel 10 bis 15 der Völkerbundssatzung beantragt hat. Gerade von diesem Schritt aber hat man bisher China immer wieder zurückhalten wollen.

Artikel 10, der bisher in der Völkerbundsgeschichte nur einmal angewandt worden ist — im bulgarisch-griechischen Streitfall, und auch damals nur mit größtem Widerstreben und nur für kurze Zeit — verpflichtet die Völkerbundsmitglieder, die Unversehrtheit des Gebietes und die bestehende politische Unabhängigkeit aller Bundesmitglieder zu achten und gegen jeden äußeren Angriff zu schützen. Dem Rat aber legt dieser Artikel die Verpflichtung auf, im Falle eines Angriffs, der Bedrohung mit einem Angriff oder einer Angriffsgefahr auf die Mittel zur Durchführung dieser Verpflichtungen bedacht zu sein.

Die folgenden Artikel enthalten Bestimmungen über die Einzelheiten des Verfahrens, wobei Artikel 11 nochmals in aller Form feststellt, daß jeder Krieg und jede Bedrohung mit Krieg eine Angelegenheit des ganzen Bundes ist. Artikel 15 sieht die vollständige Untersuchung des Streitfalles vor, Versöhnungsversuche des Rates und bestimmt ferner, daß kein Bundesmitglied gegen eine Partei Krieg führen darf, die sich den Ratsempfehlungen fügt. Findet aber der Bericht des Rates nicht die einstimmige Annahme — Japan und China hätten bei dieser Abstimmung kein Stimmrecht — dann sind die Bundesmitglieder berechtigt, die Schritte zu tun, die sie zur Wahrung von Recht und Gerechtigkeit für nötig erachten.

Und da liegt der Hase im Pfeffer. Kann China sich auf das Zustandekommen einer einstimmigen Ratsentscheidung die geringsten Hoffnungen machen? So unklar die Haltung ist, die die Großmächte in diesem Konflikt eingenommen haben, so scheint es doch, als wenn mindestens die eine oder die andere Macht mehr darauf aus war, sich die Teilhaberschaft an den japanischen Erfolgen zu verschaffen, als darauf, selbstlos Recht und Gerechtigkeit zu wahren. Es gibt sogar Leute, die offen aussprechen, Frankreich sei die Zuspitzung des Ostasienkonflikts gar nicht so unerwünscht gewesen, weil es in diesem Falle mit einer Vertagung der Abrüstungskonferenz gerechnet habe.

Das ist das bedenkliche und gefährliche in dieser Situation, daß ein offener Kampf nicht verhindert, daß der Marsch auf fremdes Land nicht aufgehalten werden konnte, trotz Kellogg-Pakt, Kriegsächtung, trotz Völkerbund, trotz „Sicherheit", trotz Abrüstung. Ein schlimmes Vorzeichen für die Abrüstungskonferenz? Wird sie überhaupt am Dienstag beginnen? Oder werden wir die groteske Komödie erleben, daß man in Genf über Abrüstung redet, während gleichzeitig in Ostasien Tausende Opfer eines Krieges werden?

Gegenwehr der Chinesen.

Fortdauer der Kämpfe. — Blockade Schanghais angedroht.

— Schanghai, 1. Februar.

Die Generalkonsuln Englands und der Vereinigten Staaten hatten mit dem japanischen Admiral Shiosawa an Bord des japanischen Flaggschiffs eine Besprechung und überreichten Vorschläge für einen Waffenstillstand in Schanghai. Die erste Waffenstillstandsvereinbarung ist, wie jetzt bekannt wird, daran gescheitert, daß die Chinesen wegen neuer Bombenabwürfe der Japaner Einspruch eingelegt haben.

Der japanische Generalkonsul und der Militärattaché in Schanghai haben in Tokio um Entsendung weiterer Truppen gebeten, da nach dem Eintreffen der Truppen Tschiangkaischeks in Schanghai die japanischen Truppen den chinesischen Streitkräften nicht mehr gewachsen seien. Es wird erwogen, für den Fall, daß die Chinesen die japanischen Streitkräfte angreifen sollten, Schanghai zu blockieren. Die Zahl der japanischen Kriegsschiffe vor Schanghai hat sich auf 40 erhöht.

Bei einem unerwarteten Angriff chinesischer Soldaten auf japanische Marinetruppen, die von einem Kreuzer an Land gingen, wurden zehn Japaner getötet und 28 verwundet.

Der Kommandeur der chinesischen Truppen in Schanghai soll mit einem Angriff auf die internationale Niederlassung gedroht haben. Die ausländischen Militärattachés haben dringend Truppentransporte angefordert. Das Ablösungsbataillon des englischen Wiltshire-Regiments ist in Schanghai eingetroffen. Das Transportschiff ging sofort nach Hongkong zurück, um weitere Verstärkungen zu holen.

Die Kämpfe in Schanghai flackern ununterbrochen auf. Von japanischer Seite wird das darauf zurückgeführt, daß chinesische Verstärkungen — Tschiangkaischek hat seine besten Truppen entsandt — eingetroffen sind. Die Chinesen eröffneten bei Tagesanbruch ein schweres Artilleriefeuer vom Nordbahnhof aus, unterstützt durch einige Panzerzüge. Die japanischen Marinesoldaten waren darauf gezwungen, zurückzuweichen. Mehrere chinesische Granaten fielen in der internationalen Niederlassung zu Boden, worauf eine große Panik entstand, da man zunächst glaubte, daß ein chinesischer Angriff einsetzte.

Eine chinesische Granate traf den japanischen Tempel in der Niederlassung und richtete beträchtlichen Schaden an.

Dem Brand in der Chinesenstadt sind Hunderte von Häusern zum Opfer gefallen. Die Zahl der chinesischen Todesopfer an Männern, Frauen und Kindern ist gar nicht abzuschätzen. Sie wird auf mehrere tausend geschätzt. Während der ganzen Nacht wurde das schaurige Flammenmeer von der internationalen Niederlassung aus von Tausenden von Neugierigen beobachtet. Ganz Schanghai stand in einem hellen Flammenschein. Dazwischen ertönte immer wieder das unheimliche Geknatter der Maschinengewehre und die Schüsse der chinesischen Feldgeschütze. Ein Kraftwagen, der mit ausländischen Berichterstattern besetzt war, und sich gegen das Kampfgebiet bewegte, wurde von einem Hagel von Kugeln empfangen, die jedoch keinen Schaden anrichteten.

Die Kraftkabel zu der Funkstation Schensu wurden durch japanische Bomben zerstört. Weiter wurde eine Brücke zerstört und die Eisenbahnverbindung zwischen Hunghau und Schapei lahmgelegt. Der chinesische Kommandeur meldet, daß zwei japanische Flugzeuge durch Maschinengewehre abgeschossen worden seien, und zwar seien die an den Flugzeugen hängenden Bomben getroffen und dadurch zur Explosion gebracht worden. Ferner wollen die Chinesen vier japanische Panzerwagen erobert haben.

•

Japanische Regierungserklärung.

Fliegerbombardement in Charbin.

— Tokio, 1. Februar.

Die Stadt Charbin wird von japanischen Flugzeugen fortgesetzt mit zahlreichen Bomben belegt. Die Zivilbevölkerung ist von Panik ergriffen. Russische Beamte stellen Eisenbahnzüge zusammen, um ihre Staatsangehörigen an die Grenze zu bringen. Die chinesische Ostbahn ist teilweise zerstört. 3000 Sowjeteisenbahnbeamte sollen bewaffnet worden sein und sich den Truppen des chinesischen Generals Tingtschau angeschlossen haben.

Im Anschluß an die amerikanischen und englischen Schritte hat die japanische Regierung eine Mitteilung herausgegeben, in der als erste Ursache des japanischen Vorgehens in Schanghai der Boykott japanischer Waren und die Veröffentlichung beleidigender Artikel gegen den japanischen Kaiser bezeichnet werden. Der Kampf sei „von den Chinesen entfesselt worden, die auf eine japanische Patrouille an der Grenze der internationalen Niederlassung geschossen hätten."

•

Untersuchungsausschuß eingesetzt

China protestiert.

— Genf, 1. Februar.

Der Völkerbundsrat hat auf Vorschlag des Generalsekretärs beschlossen, einen neuen Untersuchungsausschuß zu bilden, der aus den ständigen Vertretern der Ratsmächte in Schanghai zusammengesetzt werden soll und der dem Völkerbundsrat unverzüglich einen Bericht über den Ursprung und die Entwicklung der Ereignisse und den gegenwärtigen Stand in Schanghai erstatten soll.

Dem Untersuchungsausschuß steht es frei, weitere Personen zu der Untersuchung hinzuzuziehen. Damit ist die Möglichkeit gegeben, die Vertreter der amerikanischen Regierung zu der Untersuchung zuzuziehen. Die Verhandlungen zwischen Washington und Genf über diesen Punkt sind gegenwärtig noch nicht endgültig abgeschlossen.

Die Vertreter von Frankreich, England, Italien, Deutschland, Spanien und Norwegen gaben bekannt, daß sie von ihren Regierungen ermächtigt seien, dem Völkerbundsrat mitzuteilen, daß ihre ständigen Vertreter in Schanghai dem Völkerbundsrat für die Untersuchung zur Verfügung ständen.

Der chinesische Vertreter protestierte dagegen, daß bis jetzt die Untersuchung sich ausschließlich auf die Ereignisse in Schanghai beschränke. Die chinesische Regierung habe das Verfahren des Artikels 15 nicht allein wegen Schanghai, sondern wegen der japanischen Angriffe in der Mandschurei beantragt. Die chinesische Regierung verlange, daß die Untersuchung auf den ganzen Konflikt ausgedehnt werde.

Stellungskrieg in Schapei.

Die Chinesen behaupten die Stadt.

Die Kämpfe um den Besitz von Schanghai dauern an. Zwanzig japanische Flugzeuge vollführten eine große Luftdemonstration über Schapei und dem hinteren Landesteil. Das Ergebnis der Kämpfe in Schanghai besteht bisher darin, daß

die Chinesen die nordchinesische Bahnstation und den größten Teil des Stadtteiles Schapei trotz der heftigen und mehrfach wiederholten Angriffe der Japaner gehalten haben. Die Japaner haben sich auf eine geeignete Stellung zurückgezogen, wo sie sich eingegraben haben und auf weitere Verstärkungen warten. Der japanische Kreuzer „Tatsuta" ist mit 1000 Seesoldaten bereits vor Schanghai eingetroffen. Weitere Verstärkungen an Bord von Flugzeugmutterschiffen und anderen Kriegsschiffen werden erwartet.

Der japanische Admiral Shiosawa hat geschworen, den Stadtteil Schapei unter allen Umständen von den Chinesen zu säubern. Der weitere Vormarsch wird aber von dem Ausgang der Vermittlungsverhandlungen abhängen, die der englische Generalkonsul eingeleitet hat und die zu einer

Konferenz der chinesischen und japanischen Befehlshaber

führen sollen. Auch die Chinesen erhalten laufend neue Verstärkungen. Japanische Seesoldaten und Reservisten haben

die Tätigkeit der Polizei in dem Hongkew-Bezirk aufgenommen, wogegen die Stadtbehörden der internationalen Niederlassung bereits Protest erhoben haben. Eine japanische Patrouille hat Stellungen am Bund, etwa 200 Meter vom englischen Konsulat entfernt, an einer Brücke bezogen und bedroht von dort ihnen verdächtig erscheinende Chinesen mit Pistolenschüssen. Bewaffnete Reservisten besetzten einen Platz an der Penang-Robinson-Straße, die eigentlich in den englischen Verteidigungssektor fällt.

Mit großen Schwierigkeiten gelang es englischen Freiwilligen, die Japaner zu entfernen, aber erst nachdem Panzerwagen aufgefahren waren. Amerikanische Seeleute verhafteten drei bewaffnete japanische Zivilisten, weil diese von einem Platze hinter den amerikanischen Verteidigungsstellen auf den Stadtteil Schapei feuerten.

Die chinesischen Kaufmannskreise unterstützen die Haltung der Regierung und sind besonders über das Bombardement eines Entbindungsheims empört, aus dem etwa 250 schwangere Frauen entfernt werden mußten.

Japaner in der Fremdenniederlassung.

Unter dem Vorwand, daß chinesische Scharfschützen in einem Hotel im nördlichen Teil der Fremdenniederlassung versteckt seien, forderten die Japaner die Hotelgäste zum Verlassen des Gebäudes auf und steckten dieses mit Petroleum in Brand. Das ist der erste Fall einer japanischen Aktion innerhalb der internationalen, nicht japanischen Niederlassung.

In Nanking herrscht fieberhafte Aufregung und große Kriegsbegeisterung. Mehr als 50 000 Menschen umlagern die Eisenbahnstationen, von denen die Truppen nach Schanghai abfahren. Sie rufen in voller Begeisterung den Truppen ein Lebewohl und „Haltet Schanghai!" zu.

Neue Bombenabwürfe.

Die japanische Telegraphenagentur Schimbun Rengo teilt mit, daß nach starker Beschießung der japanischen Truppen durch die Chinesen japanische Flugzeuggeschwader einen neuen Luftangriff auf Schanghai unternahmen. Es wurden etwa 100 Bomben abgeworfen. Die von chinesischen Truppen befestigten Teile der Stadt Schanghai wurden vollkommen vernichtet.

Keine Kriegserklärung Chinas.

Der Meldung einer britischen Nachrichtenagentur aus Schanghai zufolge lassen chinesische, der Nankingregierung nahestehende Kreise erklären, daß China nicht die Absicht habe, den Krieg an Japan zu erklären. Von einer amtlichen Entscheidung der Regierung in dieser Frage sei nichts bekannt. Sie betrachten den Aufruf Tschiangkaischeks, die Waffen zu ergreifen, als eine bloße Geste.

Chinas Regierung verläßt Nanking.

Die chinesischen Regierungsbehörden haben ihren Sitz von Nanking nach Loyang in der Honan-Provinz verlegt. Die Vorbereitungen hierfür waren schon seit einigen Monaten getroffen, und die Staatsarchive waren bereits vor einiger Zeit dorthin übergeführt worden. Ministerpräsident Wangtschingwei und auch Tschiangkaischek haben sich angeblich dorthin begeben.

England bleibt neutral.

Der englische Kreuzer „Suffolk" ist von Hongkong nach Schanghai in See gegangen. Der Kreuzer „Kent" mit dem Admiral Kelly an Bord kann voraussichtlich nicht vor Donnerstag eintreffen. Die englischen Truppen haben Befehl erhalten, strengste Neutralität zu wahren.

*

Kein Waffenstillstand.

Die Waffenstillstandsverhandlungen ergebnislos.

— **Tokio,** 31. Januar. Die Waffenstillstandsverhandlungen, die am Sonntag in Shanghai stattfanden, sind, wie das Kriegsministerium mitteilt, ergebnislos verlaufen. Der Mißerfolg sei darauf zurückzuführen, daß die chinesischen Vertreter alle japanischen Vorschläge abgelehnt hätten. Außerdem habe das japanische Marinekommando in Schanghai erklärt, daß es nicht in der Lage sei, ohne Wissen Tokios die chinesischen Vorschläge anzunehmen. Von den japanischen Unterhändlern war u. a. verlangt worden, daß alle Führer der japanfeindlichen Bewegung den japanischen Behörden zur Aburteilung ausgeliefert werden. Da die chinesischen Vertreter diese Vorschläge abgelehnt haben, können, wie das Kriegsministerium mitteilt, die Verhandlungen über den Waffenstillstand nicht fortgesetzt werden.

*

Wieder Kämpfe in Schanghai.

— **London,** 31. Januar. Nach in London eingegangenen Meldungen sind in der Nacht zum Montag in Schanghai neue Kämpfe ausgebrochen.

Greift Amerika ein?

Amerikanische Manila-Flotte nach Schanghai beordert.

— **Washington,** 31. Januar. Der amerikanische 10 000-Tonnen-Kreuzer „Houston" hat Befehl erhalten, von Manila nach Schanghai in See zu gehen. Admiral Tayler ist freigestellt worden, so viele Torpedobootszerstörer mitzunehmen, wie er es für angebracht hält. Der Admiral begibt sich mit insgesamt 14 Kriegsschiffen nach Schanghai.

*

Erhöhte Bereitschaft für die amerikanische Flotte und die Marinereservisten.

— **Washington,** 31. Januar. Das amerikanische Marineamt hat für die gesamte Flotte und für die Marinereservisten erhöhte Bereitschaft angeordnet.

*

Abrüstungskonferenz gefährdet.

Amerika beschuldigt Frankreich.

— **Washington,** 31. Januar. Dem Weißen Hause nahestehende Kreise sind davon überzeugt, daß die französische Unterstützung des japanischen Vorgehens in China die letzte Hoffnung für einen Erfolg der Genfer Abrüstungskonferenz raubt. Staatssekretär Stimson trifft auch vorläufig keine Vorbereitungen für die Abfahrt nach Genf. Es herrscht die Ueberzeugung vor, daß Japan die französische Hilfe durch Zugeständnisse für Genf erkaufte, und ebenfalls für den Grundsatz: „Keine Abrüstung ohne Sicherheit" eintreten würde.

Kabinettsrat in Tokio.

Weitere Truppensendungen beschlossen.

— Tokio, 1. Februar.

Am Sonntag trat das japanische Kabinett unter dem Vorsitz Inukais zusammen. An der Sitzung nahmen die Vertreter des japanischen General- und des Admiralstabes teil. Außenminister Joshisawa erstattete Bericht über das diplomatische Vorgehen Englands und der Vereinigten Staaten.

Nach mehrstündiger Beratung erteilte das japanische Kabinett die Ermächtigung, weitere Truppen nach der Mandschurei und nach Schanghai zu entsenden, um dort die japanischen Interessen energisch zu vertreten. Die japanischen Botschafter in Washington und London wurden ermächtigt, den Regierungen Englands und Amerikas mitzuteilen, daß Japan seine Kampfhandlungen nur auf das Chinesenviertel in Schanghia begrenzen wird.

*

Neue Kämpfe bei Charbin.

Nach einer russischen Meldung aus Charbin begannen neue Kämpfe zwischen den Truppen des Generals Schischa und den Truppen des ehemaligen Generals Dintschau um die Stadt Futschasch. Schischa verlangt die Uebergabe der Stadt binnen 48 Stunden und droht andernfalls mit einem Luftbombardement.

Wusung von Japanern besetzt.

Nach einer amtlichen russischen Meldung aus Schanghai wurde der chinesische Kriegshafen Wusung bei Schanghai durch die japanische Marine besetzt. Dort ist ein Geschwader, bestehend aus einem Panzerkreuzer und vier Zerstörern, eingelaufen. Die chinesischen Behörden leisteten keinen Widerstand.

Macdonald für Tributstreichung.

„Je eher, um so besser."

— London, 1. Februar.

In einer langen Rede, die Macdonald in seinem Wahlbezirk Seaham hielt, äußerte der Ministerpräsident u. a., daß die Wohlfahrt Englands von seinen internationalen Beziehungen abhänge und daß es sich deswegen auch mit den europäischen, amerikanischen und anderen Weltfragen befassen müsse. Dies gelte auch für die Tribute und Kriegsschulden. England habe an seiner Politik in dieser Frage dauernd festgehalten und werde dies so lange tun, bis die Probleme gelöst und dieser Irrtum aus der Geschichte Europas wieder ausgelöscht sei. Die Politik Englands sei, auf wirtschaftlich gefunden Grundlagen zu gesunden Grundsätzen zurückzukehren und mit den Zahlungen Schluß zu machen, und zwar — soweit England in Frage komme — je eher um so besser. Nur wenn das geschehen wäre, könne England wieder seinen normalen internationalen Handel aufnehmen, und nur allein durch diesen könne England wieder aufblühen.

Macdonald sprach dann noch seine moralische und verstandesmäßige Enttäuschung und sein Bedauern aus über die Vorgänge in Schanghai, die zu dem Geiste des Kelloggpaktes und des Völkerbundes im Gegensatz stünden. Er forderte die beteiligten Staaten auf, ihre Schwerter wieder in die Scheide zu stecken.

Ueber die Zollpolitik sagte er, sein Streben sei gegen Erhöhung der Zollmauern und für Abmachungen mit den anderen Staaten zum Zwecke der Verminderung der Zölle. Die Zollpolitik dürfe sich nicht so auswirken, daß leistungsfähige Industrien veranlaßt würden, in dem gegenwärtigen Zustande zu verharren.

Hugenberg freigesprochen.

Das Urteil des Reichsgerichts.

— Leipzig, 1. Februar.

In einem Artikel des „Tag" nach Abschluß der Einzeichnungsfrist für das Volksbegehren gegen den Youngplan hieß es, daß „hoffentlich inzwischen nicht allzu sehr retuschiert" werde. Der Artikel war von Dr. Hugenberg verfaßt. Das Schöffengericht hatte Dr. Hugenberg wegen öffentlicher Beleidigung zu 500 RM Geldstrafe verurteilt.

Das Reichsgericht hob das Urteil auf und sprach den Angeklagten frei. Die Kosten und notwendigen Auslagen des Angeklagten fallen der preußischen Staatskasse zur Last.

Wegen der Veröffentlichung dieses Artikels hatte das Reichsgericht bereits den verantwortlichen Schriftleiter des „Tag" in Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils freigesprochen, weil der Kreis jener Personen, die beleidigt sein sollten, vom Gericht nicht fest zu umgrenzen war. Das nun auch den Verfasser des Artikels freisprechende Urteil des Reichsgerichts erfolgte im wesentlichen unter der gleichen Begründung.

Die schwedische Zollmauer.

Starke Erhöhungen für deutsche Waren.

Im schwedischen Reichstag wurde die Regierungsvorlage über die Zollerhöhungen eingebracht.

Die Zuschläge erstrecken sich im besonderen auf Einfuhrwaren, die als Luxusartikel angesprochen werden können; auch die schwedische Einfuhr von Deutschland wird sehr erheblich betroffen.

Für Seide und Kunstseide wird ein Zuschlag von 300 Kronen je 100 Kilogramm beantragt, für Automobile und Motorräder ein Zuschlag von 5 Prozent des Wertes, für frische Kartoffeln ein Zuschlag von 7.50 Kronen je 100 Kilogramm, für Aepfel, Birnen und anderes frisches Obst 10 Kronen, für Konserven 25 Kronen, für ungerösteten Kaffee 15 und für gerösteten Kaffee 18 Kronen je 100 Kilogramm. Ferner werden für Kakao, Schokolade, Toilettenartikel, Pelze, Blumen, Radio- und Sprechapparate und eine Reihe weiterer Warengruppen Zollzuschläge beantragt. Man berechnet, daß durch diese Zollmaßnahmen eine Einfuhrverminderung der betroffenen Waren um 20 Prozent erfolgen wird und der Steuerkasse 20 Millionen Kronen neue Zolleinnahmen zufließen werden.

Ukrainer-Beschwerde verworfen.

Zu der Beschwerde der ukrainischen Minderheit gegen die polnische Regierung nahm der Rat einen Bericht des japanischen Berichterstatters Sato an, in dem uneingeschränkt der polnische Standpunkt anerkannt und das gesamte Verfahren gegen Polen als endgültig abgeschlossen erklärt wird.

Dieser Beschluß des Rates, nach dem die blutig verfolgten und mißhandelten Ukrainer den Minderheitenschutz zu böswilligen Werbezwecken gegen den polnischen Staat ausgenutzt haben sollen, ist geeignet, einen geradezu erschütternden Eindruck zu machen und bringt den Rat in den Kreisen der Minderheiten um jeden Kredit.

Bethel.

— **Wer** Jutta Simon im Laufe des Sonntags gesehen hat, wird gebeten, sich bei dem Vater, Superintendent Simon, sofort zu melden.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute abend 8,10 Uhr Uebungsabend der **Chöre** im Speisesaal von **Großbethel.**

Dienstag 8¼ Uhr Bibelstunde in Gosen. Jesaia 30 (Herr P. Jungblut).

— **Missionsnähen.** Mittwoch, 3. Februar, 3½ Uhr im Großen Hospiz. Dazu ladet herzlich ein L. Trittelvitz.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel

Post-Bestellschein

Der Unterzeichnete bestellt hiermit 1 Exemplar des **Aufwärts.**

Für Monat ..... 193 . Der Bezugspreis wolle von mir erhoben werden. Ich wünsche die Zeitung zugestellt zu erhalten*). Ich werde die Zeitung abholen*).

Name .....

Stand .....

Wohnort .....

Straße und Hausnummer .....

An das Postamt .....

Diesen Zettel in den Briefkasten werfen, dem Briefträger übergeben, oder an die Geschäftsstelle Bethel bei Bielefeld einsenden. Der Bezugspreis beträgt monatlich RM 1.25 und 36 Pfg. Bestellgeld.
*) Nichtzutreffendes streichen.

Leicht Kriegsbeschädigter, etwas Rente, sucht bei ganz geringen Ansprüchen (etwas Taschengeld)

Stellung

als Chauffeur, Hausdiener oder dergleichen. Angeb. unter A 2223 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Elektro-Ingenieur

27 Jahre, 6 Sem. Höhere Maschinenbauschule, 5 Jahre praktisch u. bürotechnisch ausgebildet, sucht Beschäftigung f. Zentralenbauten, Freileitungen und Installationsarbeiten; auch als Monteur.
Herm. Nitsche, Wilhelmshaven, Kaiserstraße 45.

Eisu Metall- u. Holz-**Betten** Schlafzim. Stahlmatr. Kinderb., Polster, Chaisel., an jeden. Teilz. Katalog frei. Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)

Locarno-Monti
Südschweiz.
Christl. Erholungsheim Tabor.
An der neuen Straße Locarno-Monte Bré, idyllisch, ruhiges, sonniges Heim in klimatisch vorzüglicher Höhenlage, bietet Ihnen Erholung an Leib und Seele und zugleich beste Gelegenheit, die Schönheiten des Südens kennen zu lernen. Hausandachten. Auf Wunsch Diätküche. Eig. Auto. Prospekt; bescheidene Preise, das ganze Jahr offen.
W. Keller, Prediger.

Sozialpädagogisches Seminar
im Oberlinhause zu Nowawes bei Potsdam
Kindergärtnerinnen } vereinigter Lehrgang 2 Jahre.
Hortnerinnen } Staatliche Abschlußprüfung.
Externat und Internat. Näheres durch Prospekt.

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher
beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Inserieren bringt Gewinn!